

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 38. 32. Jahrg.

19. Septbr. 1919

## ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk., incl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

### Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Eisgrabenstr. 56-58<sup>1/2</sup>. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Nord 4288. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz, Auguststr. 8-9

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beträge nach Überzahlung. — Zuschriften an die Redaktion er...

### Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Einige Gedanken über Sozialismus. Rundschau. Zweite Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — **Allgemeines:** Aufbau oder Abbau? Berufliche Ausbildung, I. Ortsberichte: Aschersleben, Halle a. S. — **Photograph Mitarbeiter:** Ortsberichte: Phorzheim. — **Die Tapetenbranche:** Ortsberichte: Berlin. — **Graphische Technik:** Kornpapier. Lebensmittelkarten und Offsetdruck. — **Feuilleton:** Hans Thoma. Eingegangene Schriften. — **Anzeigen.**

### Bekanntmachungen.

#### Ausschreibung!

Der bisherige Gauleiter im Gau IV, Kollege Otto Bauknecht, Köln, hat seinen Posten niedergelegt und das Dezernat in einem Reichskommissariat übernommen.

Der Gau IV ist einer unserer größten, er umfaßt Rheinland-Westfalen und hat mit den besonders schwierigen linksrheinischen Verhältnissen zu rechnen. Der Sitz ist gegenwärtig Köln, vielleicht kommt aber künftig Barmen in Betracht.

Es wird für diesen Posten ein außerordentlich begabter Kollege verlangt, der reinerische und organisatorische Fähigkeiten und längere gewerkschaftliche Erfahrungen besitzt. Nur solche Kollegen werden gebeten, sich für dieses Amt zu melden.

Das Anfangsgehalt wird durch den Verbandstag festgesetzt.

Die Bewerber müssen nach § 43, Absatz 3 des Verbandsstatutes mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Selbstgestriebene Offerten sind bis zum 15. Oktober an die Adresse des Verbandsvorstandes, Berlin N. 24, Elsasserstr. 86-88 zu richten. *Der Verbandsvorstand.*

#### An alle Orts- und Gauvorstände

sardien wir unser Rundschreiben Nr. 71 am 10. September d. J. Dieses enthält einen ausführlichen Bericht über die **Tarifamtssitzung der Lichtdrucker** vom 9. September, in welcher neue Teuerungszulagen beschlossen wurden, die vom 19. September ab zu zahlen sind.

Sollte dieses Rundschreiben irgendwo nicht angekommen sein, so wolle man uns zwecks nochmaliger Zusendung Mitteilung machen. *Der Verbandsvorstand.*

*Der Verbandsvorstand.*

### Tarifvertrag für das deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe.

In unserem Rundschreiben Nr. 70 haben wir den Orts- und Gauvorständen mitgeteilt, daß der vollständige Tarifvertrag zur Verteilung an die Mitglieder nunmehr von uns zugesandt werden kann. Dieser kostet 20 Pfg. Der geringe Preis, der bei weitem nicht die Selbstkosten erreicht, wird erhoben, um eine unnütze Verschwendung des Materials zu vermeiden, und um einen Teil der entstandenen Kosten wieder einzubringen.

Wir bitten die Ortsvorstände, uns recht bald mitzutellen, wieviel Exemplare dieses Tarifvertrages wir Ihnen zusenden sollen. *Der Verbandsvorstand.*

*Der Verbandsvorstand.*

### Tarifamt für das deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe.

Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 73, III.

Nach erfolgter Einteilung des Tarifvertragsgebietes in 11 Tarifkreise sind gemäß § 15, Abs. 2 des Tarifvertrages an den Kreisvororten Schiedsgerichte gebildet worden zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Auslegung der Vertragsbestimmungen. Nachstehend geben wir die Adressen der Herren **Schiedsgerichtsvorsitzenden** bekannt. Als **Schiedsgerichtsvorsitzende** sind bestimmt worden für den

**Kreis I, Vorort Hamburg:** Unternehmensvorsitzender: Herr Karl Griese, I. Fa. Karl Griese, Hamburg, Steinwiete 20; Gehilfenvorsitzender: Herr Walter Schöneberg, Altona-Ottensen, Boerselstr. 61.

**Kreis II, Vorort Hannover:** Unternehmensvorsitzender: Herr Franz Schröder, I. Fa. Franz Schröder, Hannover, Nikolaistr. 35; Gehilfenvorsitzender: Herr Georg Nicolai, Hannover, Andersensche Wiese 11.

**Kreis III, Vorort Barmen:** Unternehmensvorsitzender: Herr Karl Josephson, I. Fa. F. Josephson, Barmen, Kleiwerth 46; Gehilfenvorsitzender: Herr Paul Markus, Barmen, Erlensr. 10.

**Kreis IV, Vorort Frankfurt a. M.:** Unternehmensvorsitzender: Herr Carl Schoombs, I. Fa. Friedr. Schoombs, Offenbach a. M., Kaiserstr. 13 15; Gehilfenvorsitzender: Herr Richard Scheibel, Frankfurt a. M., Werderstr. 39.

**Kreis V, Vorort Stuttgart:** Unternehmensvorsitzender: Herr A. Bippi, I. Fa. Emil Hochdanz, Stuttgart, Rotbühlstr. 67; Gehilfenvorsitzender: Herr Friedrich Rieker, Stuttgart, Lerdensr. 32, b.

**Kreis VI, Vorort Nürnberg:** Unternehmensvorsitzender: Herr L. Berda, I. Fa. E. Nister, Nürnberg, Laufertormauer 8-12; Gehilfenvorsitzender: Herr Gustav Gerber, Nürnberg.

**Kreis VII, Vorort München:** Unternehmensvorsitzender: Herr Dir. Desper, I. Fa. A. G. Münchener Chromolithogr. Kunstanstalt, München; Gehilfenvorsitzender: Herr M. Wiedemann, München, Liegalsstr. 37, II.

**Kreis VIII, Vorort Leipzig:** Unternehmensvorsitzender: Herr Dr. Joh. Pinkau, I. Fa. Emil Pinkau, A. G. Leipzig, Eutritzsch, Wittenbergerstr. 15; Gehilfenvorsitzender: Herr Oskar Heerling, Leipzig-Reudnitz, Lipsiusstr. 14, II.

**Kreis IX, Vorort Dresden:** Unternehmensvorsitzender: Herr Dir. May, I. Fa. Ad. May, Müller & Lohse, Dresden, Glashütterstr. 98; Gehilfenvorsitzender: Herr Friedr. Pritschow, Dresden 19, Schandauerstr. 6, I.

**Kreis X, Vorort Berlin:** Unternehmensvorsitzender: Herr Heinrich Kristeller, I. Fa. Littauer & Boysen, Berlin SO., Skallitzerstr. 104; Gehilfenvorsitzender: Herr Karl Wildt, Berlin Neukölln, Jonassr. 25.

**Kreis XI, Vorort Breslau:** Unternehmensvorsitzender: Herr Arthur Perls, I. Fa. A. Kuhn, Breslau, Gablitzstr. 23; Gehilfenvorsitzender: Herr Herm. Hoffmann, Breslau II, Kleitschkauerstr. 22.

Jede Adressenanforderung bitten wir des Geschäftsstelle des Tarifamtes umgehend mitzuteilen. Nach § 2 der Geschäftsordnung für Schiedsgerichte sind in Streitfällen, die den Schiedsgerichten zur Entscheidung überwiesen werden, die Klageschriften in zweifacher Ausfertigung an den der klagenden Partei angehörenden Schiedsgerichtsvorsitzenden einzureichen.

Berlin, den 10. September 1919.

Dr. G. Schweitzer, Unternehmensvorsitzender.  
Oskar Laib, Gehilfenvorsitzender.  
Alexander Czoch, Geschäftsführer.

### Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Brief-Adresse:

z. Hd. des Geschäftsführers Herrn Rich. Köhler, Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 73, III.

Das Tarifamt hat als Anlage zum Tarif die in der Übergangszeit beschlossenen Änderungen des Tarifs zusammengestellt. Sie kann durch das Tarifamt in der gewünschten Anzahl mit 20 Pfennigen pro Exemplar bezogen werden.

Tarif-Ausschuß:

Kreis 5: Gehilfen-Kreisvertreter: Martin Winkelmann, Düsseldorf, Gneisenaustr. 26, I.

Arbeitsnachweis:

Düsseldorf: Verwalter: Fritz Lyzlon, Düsseldorf, Frankstr. 13.

Nachtrag der den Tarif anerkannten Firmen:

Kreis I: Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin. »Autographia«, Graphische Kunstanstalten, Berlin Adolf Teichmann, Bremen.

Kreis 5: »Repro«, Graphische Kunstanstalt, Eiberfeld.

Berlin, den 11. September 1919.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.  
Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.  
Richard Köhler, Geschäftsführer.

### Tarifamt für das deutsche Lichtdruckergewerbe

Brief-Adresse:

Z. Hd. des Geschäftsführers Herrn Richard Köhler, Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 73, III.

Das Tarifamt hat in seiner Sitzung am 9. September 1919 beschlossen, daß die tariffreien Firmen verpflichtet sind, allen Gehilfen eine durchschnittliche Teuerungszulage von 15 Prozent ihres Gesamteinkommens zu gewähren. Diese Teuerungszulage ist erstmalig zahlbar am Freitag, den 19. September 1919.

Die Verteilung dieser Einzelzulagen hat in den Firmen durch eine paritätische Kommission, bestehend aus der Geschäftsleitung und den berufenen Vertretern der Gehilfen zu erfolgen. Maßgebend für die Verteilung sollen in erster Linie die Leistungen der Gehilfen sein.

In Streitfällen haben die Kreisvertreter vermittelnd einzugreifen, bzw. ist das Tarifamt um Entscheidung anzurufen.

Tarif-Ausschuß:

Kreis 3: Gehilfen-Kreisvertreter: Fritz Zahn, Leipzig-Reudnitz, Wittstockstr. 11.

Kreis 7: Gehilfen-Kreisvertreter: Eduard Heinle, Stuttgart, Werastr. 12.

Tarifamt:

Als Mitglieder des Tarifamtes sind von beiden Vertragsparteien ernannt worden:

<b>Prinzipalsseitig:</b>	<b>Gehilfenseitig:</b>
Albert Frisch, Berlin	Hugo Albrecht, Berlin
Felix Stern, Berlin	Fritz Dressler, Berlin
Dr. Rostovsky, Leipzig	Rudolf Tradsler, Berlin
Dir. Keller, Dresden	Fritz Haberdietzl, Berlin
Walter Koch, Halberstadt	Fritz Zahn, Leipzig
Carl Kuhn, München	Willy Ulbricht, Dresden

Berlin, den 11. September 1919.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.  
Hugo Albrecht, Gehilfenvorsitzender.  
Richard Köhler, Geschäftsführer.

### Einige Gedanken über Sozialismus.

Sozialismus heißt nicht, daß jeder einzelne — mit der gleichen Vermögensportion ausgestattet — wie bisher für sich allein drauflos wirtschaften soll, sondern Sozialismus heißt: Planmäßige Wirtschaft der Gesamtheit für die Gesamtheit. Statt der bisherigen Millionen Einzelwirtschaften Herstellung einer Gesamtwirtschaft, die planmäßig die Erzeugung der Güter regelt und hebt.

Um dieses Ziel zu erreichen, fördert die Sozialdemokratie als erstes Vergesellschaftung der Produktionsmittel, d. h. Überführung desjenigen Kapitals, das der Gütererzeugung dient, in den Besitz der Allgemeinheit. Als Besitzerin der Fabriken, Bergwerke, Verkehrsanstalten usw. hat es dann die Allgemeinheit in der Hand, einmal die Gütererzeugung planmäßig zu regeln und so den Ertrag gerecht zu verteilen. Wohlgemerkt: nicht das gütererzeugende Kapital wird verteilt, sondern seine Erträge, die mit seiner Hilfe hergestellten Verbrauchsgüter unterliegen allein der Verteilung. Die Produktionsmittel selber bleiben nicht nur unverteilt, sondern erfahren eine viel strengere Zusammenfassung als früher. Während unter dem Kapitalismus in irgendeinem Wirtschaftszweig eine ganze Anzahl Fabrikanten ohne Zusammenhang miteinander, ja in schärfster Konkurrenz gegeneinander tätig sind, wird unter dem Sozialismus die gesamte Produktion dieses Zweiges einheitlich und planmäßig organisiert. Wir sehen jetzt, daß der Sozialismus das gerade Gegenteil vom »Tellen« ist, er ist höchste Organi-

sation, er teilt nicht das Produktionskapital, sondern er faßt es in schärfster Weise zusammen, um ihm durch einheitliche, planmäßige Leitung den höchsten Nutzeffekt abzugewinnen.

Gleichzeitig produziert der Sozialismus auch nach ganz anderen Gesichtspunkten als der Kapitalismus. Der einzelne Kapitalist arbeitet für den Markt, nicht für den Bedarf. Nicht ob Bedürftige da waren, die die Ware brauchen konnten, sondern ob diese auf dem Markt zahlungsfähige Abnehmer fand, danach wurde gefragt. Wer z. B. Schuhe anfertigte, der fragte den Teufel danach, wieviele Menschen noch barfuß herumliefen. Hätten sie kein Geld, Schuhe zu bezahlen, so mochten sie weiter barfuß laufen. Ein reicher Modegeck konnte sich fünfzig Paar Luxuschuhe anfertigen lassen, während gleichzeitig fünfzig Arme barfuß gehen mußten. Er ging vor, denn er bezahlte besser.

Der Sozialismus produziert umgekehrt nicht für den Markt, sondern für den Bedarf. In einer sozialistischen Gesellschaft wird nicht gefragt: Wer kann Schuhe bezahlen, sondern: Wer braucht Schuhe? — Und solange noch bloße Füße da sind, werden zuerst für diese Schuhe angefertigt. Ebenso ist es mit allem anderen, mit Kleidern, Wohnungen usw. Der Sozialismus baut keine herrschaftlichen Villen, während Millionen Arme in unwürdigen Löhern zusammengepfercht hausen, sondern er fängt beim Bau gesunder und wohllicher Kleinwohnungen an. Und so mit allem.

Der Vorteil dieser planmäßigen Wirtschaft leuchtet ohne weiteres ein. Weil unter dem Kapitalismus nach dem Bedarf nicht gefragt wird, sondern nur nach der Zahlungsfähigkeit des Käufers, sind heute Millionen Hände damit beschäftigt, unnützen Tand und Luxus zu fabrizieren, während die Arbeitskräfte für den notwendigsten Bedarf fehlen. Wieviel Schneider, Putzmacherinnen, Modistinnen usw. hält nicht eine einzige »elegante Frau« dauernd in Atem! Der Millionär kann sich zur Erfüllung irgendeines verrückten Wunsches jederzeit hundert oder tausend Arbeitskräfte mieten, die dann natürlich zur Erzeugung wirklicher Werte fehlen! Und wenn er ihnen befehlen würde, tagelang Sand ins Meer zu karren, keiner würde oder dürfte ihn daran hindern. Was wird ferner heute aufgewendet allein für Reklame, mit der ein Konkurrent dem anderen den Rang abzulaufen sucht. Was für allerhand Schundfabrikation, durch die der Käufer betrogen wird. Was für niedrige und schädliche Genüsse, sei es Schnaps oder Schundliteratur. Man betrachte einmal die Geschäftsauslagen daraufhin, wofür alles Arbeitskraft und Kapital da ist, während beides zur Erzeugung dringendsten Bedarfes fehlt.

In diese planlos kraft- und wertverschwendende Wirtschaft bringt der Sozialismus Ordnung. Indem er die Produktionsmittel für die Allgemeinheit mit Beschlag belegt, schafft er dieser die Möglichkeit, zu bestimmen, was und für wen produziert werden soll.]

Restlos ist die Beseitigung des Kapitalismus freilich zunächst nur dort möglich, wo die wirtschaftliche Entwicklung ihn bereits zu seinem höchsten Reifegrad gebracht hat: dort wo die freie Konkurrenz durch die Vernichtung aller Kleinen und Mittleren ausgeschaltet ist und das Großkapital in den Formen des Trusts, des Syndikats, des Kartells bereits eine organisierte Wirtschaftsweise eingeführt hat.

Diese organisierte Wirtschaft kann von der Allgemeinheit ohne weiteres übernommen werden. Hierbei trifft den Sozialismus nicht einmal der Vorwurf und oft gehörte Einwand, daß er die persönliche Initiative des Unternehmers ausschalte, ohne die das Wirtschaftsleben nicht existieren könne. Denn diese Initiative ist bereits durch den Kapitalismus unwiederbringlich ausgerottet worden, in syndikalisierten und vertrusteten Wirtschaftszweigen gibt es keine persönliche Initiative des Unternehmers mehr, sondern alles wird von oben gelenkt und vorgeschrieben. Den leitenden

Beamten aber kann es unmöglich etwas ausmachen, ob die Überschüsse der von ihnen dirigierten Maschinerie einigen wenigen Milliardärfamilien oder dem ganzen Volke zugute kommen.

Belläufig wollen wir bei dieser Gelegenheit nun auch den Einwand abtun, der Sozialismus strecke die Hand aus nach der Art des armen Handwerkers und der einzigen Kuh des Kleinbauern. Wer einen kleinen Klempnermeister für einen Konkurrenten von Krupp hält, oder wer meint, daß ein Flickschäuser etwa auf derselben wirtschaftlichen Höhe stehe wie der Stahlwerksverband, der mag solchen Unsinn glauben! Was braucht sich ein kleiner Handwerker oder Bauer darüber aufzuregen, wenn ein paar Industriemagnaten enteignet werden, denen er so gut wie jeder andere Volksgenosse auf irgend einem Wege tributpflichtig war.

Aber was wird nun — fragt man uns — aus jener Unzahl der mittleren und kleineren Betriebe in den Wirtschaftszweigen, in denen der höchste kapitalistische Reifegrad noch nicht eingetreten ist? Bleibt hier alles einfach beim alten, will hier der Sozialismus zehn oder hundert Jahre lang seine Zeit abwarten?

Keineswegs. Zunächst läßt sich das Tempo der Wirtschaftsentwicklung außerordentlich beschleunigen. Gerade in der Kriegszeit haben wir das Beispiel erlebt, wie unter dem Hilfsdienstgesetz in großen Wirtschaftszweigen der Staat an Stelle der freien Konkurrenz das Mittel der Auslese anwandte. Er übernahm kurzerhand die Rolle des Trusts: er ließ nur die modernsten und rentabelsten Betriebe arbeiten, die übrigen wurden zwangsweise stillgelegt, obwohl die freie Konkurrenz ihre Existenz noch einige Zeit gewahrt hätte.

Hierdurch ist die Konzentration der Industrie ganz außerordentlich gefördert worden, und sie läßt sich auf diesem Wege noch weiter fördern. Damit begegnet der Sozialismus dem Einwand, daß er unrentabler arbeiten werde als der Kapitalismus. Im Gegenteil, er schafft durch die Ausschaltung aller unrentablen Betriebe eine viel höhere Rentabilität. Betriebe, die nur noch in persönlichen Interesse des Besitzers arbeiteten, werden künftig keine menschliche Arbeitskraft mehr vergeuden dürfen. Nur die modernsten, besten Betriebe arbeiten noch, die bei geringstem Arbeitsaufwand die höchste Leistung erzielen. Damit wird die Produktivität der Arbeit auf das höchste Maß des Erreichbaren gesteigert. Von der Produktivität der Arbeit, von der Größe der Gütermenge, die durchschnittlich von einer Arbeitskraft erzeugt wird, hängt aber letzten Endes der Reichtum eines Volkes ab. Der Sozialismus steigert mit der Produktivität der Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum! —

Auch die Betriebe, die nicht sofort von der Sozialisierung erfaßt werden, erfahren nichtsweniger eine bedeutende Änderung ihrer Betriebsweise. An die Stelle des bisherigen Betriebsabsolutismus, bei dem der Unternehmer unumschränkter »Herr im Hause« war, tritt die Betriebsdemokratie, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten! Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse mit weitgehenden wirtschaftlichen Funktionen entscheiden in allen Fragen mit, die das Interesse der Arbeiter und Angestellten berühren. Einstellungen, Entlassungen, Festsetzung der Arbeitsbedingungen, soziale Betriebsbedingungen usw. unterliegen nicht mehr der Willkür des einzelnen Unternehmers, sondern die Betroffenen selber haben hier ein Wortlein mitzureden.

Hand in Hand hiermit geht der Schutz der Arbeitnehmer durch eine immer weiter auszubauende staatliche Sozialpolitik. Durchführung der achtstündigen Höchstarbeitszeit für Männer, weitestgehender Schutz der Frauen und Jugendlichen, Verhütung von Unfällen, sanitäre Maßnahmen, gesetzliches Urlaubsrecht, staatliche Versicherung usw., all das ist einheitlich auf gesetzlichem Wege zu

regeln und schiebt der Ausbeutung einen weiteren starken Riegel vor.

Man kann sogar sagen, daß dieser »Sozialismus von unten her« mindestens ebenso wichtig ist wie der »Sozialismus von oben her«, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Denn auch dort, wo die Betriebe bereits in Gemeineigentum übergegangen sind, kann die soziale Schutzgesetzgebung nicht entbehrt werden.

Es wäre überhaupt falsch, anzunehmen, daß nur die Enteignung auf einen Schlag Sozialismus sei und sonst nichts. Stellt doch die eben skizzierte Sozialgesetzgebung auch eine Enteignung des Unternehmertums insoweit dar, als sie dem bisherigen Begriff des Eigentumsrechtes einen ganz anderen Inhalt gibt. Das Eigentum, das der Unternehmer nach Durchführung der staatlichen Aufsicht der Betriebsdemokratie und der sozialen Gesetzgebung noch am Unternehmen hat, ist dem Wesen nach etwas ganz anderes, als sein früheres unumschränktes Herrenrecht. Früher waren dem Unternehmereigentum keine anderen Grenzen gezogen als der Wille des Eigentümers, jetzt legt ihm das Allgemeinwohl überall Schranken an. Nicht mehr als absoluter Machthaber, sondern nur noch als getreuer Verwalter im Dienste des Volksganzen darf der Unternehmer sein Eigentumsrecht ausüben.

So wird das Privateigentum an den Produktionsmitteln mehr und mehr zu einem bloßen Nießbrauch, schließlich zu einer Verwaltung abgeschwächt, und damit steuert auch die Sozialpolitik in den Sozialismus hinein. Diese Entwicklung bewahrt unser Wirtschaftsleben vor der schweren Erschütterung, die unvermeidlich wäre, wenn man die kapitalistisch noch nicht ausgereiften Industrien mit einem Schlag sozialisieren wollte. Denn in diesen Industriezweigen spielt tatsächlich die persönliche Leitung des einzelnen Betriebes eine entscheidende Rolle. Die sogenannte »wilde Sozialisierung«, bei der die Arbeiter den Betriebsleiter einfach davonjagen und sich in den Besitz des Unternehmens setzen, führt daher regelmäßig zu einem erheblichen Rückgang der Produktion, also zu einer Verarmung, die dadurch nicht ausgeglichen wird, daß die Arbeiter jetzt den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhalten. (Betrag beispielsweise der Ertrag einer Arbeitskraft früher 2000 Mk., wovon der Unternehmer 500, der Arbeiter 1500 Mk. erhielt, so wird der Arbeiter um nichts gebessert, wenn er den Ertrag seiner Arbeit ganz erhält, dieser aber gleichzeitig auf 1200 Mk. herabsinkt. Im Gegenteil, er steht dann schlechter). Der Sozialismus verliert aber sofort das beste Teil seiner Berechtigung, wenn er den Wohlstand herabmindert, anstatt ihn zu heben. Deshalb tragen die radikalen Elemente, die wahllos alles mit einem Schlag enteignen wollen, nur zur Diskreditierung des Sozialismus bei, denn sie kümmern sich garnicht darum, daß ihr Vorgehen den Wirtschaftsapparat zerstört, anstatt ihn höher zu entwickeln. Der Sozialismus soll aber nicht nur der arbeitenden Klasse die Macht, sondern auch das Glück bringen. Macht ohne Wohlstand würde für den Arbeiter dasselbe bedeuten, als reich man ihm zum Mittagmahl kostbare Porzellanschüsseln, aber nichts zu essen darauf.

S. P.

## Kundschau.

**Mitteilung der Redaktion.** Die vorliegende Nummer unserer »Graph. Presse« hat sich infolge des Druckes der Anträge zum Verbandstage verzögert. Wir bitten dies zu berücksichtigen und das Spätererscheinen zu entschuldigen.

Die Redaktion.

**Unternehmer gegen das Betriebsrätegesetz.** Die »Berl. Börsenztg.« weiß von einer bevorstehenden Aktion der deutschen Industrieverbände gegen das Betriebsrätegesetz zu berichten. Große Landesorganisationen bereiten eine Kundgebung vor, in der sie gegen den Gesetzentwurf in seiner heutigen Form protestieren wollen. Für sie geht der Kampf vor allem um den Eintritt der Arbeiter in die Aufsichtsräte. Die Kapitalisten

wissen sehr wohl, daß die erzwungene Einzahlung der Arbeiter in die Bilanzen, in die Gewinn- und Verlustrechnungen und in die Monatsaufstellung über die Gestehungskosten der Schlüssel zur sozialen Regelung der Wirtschaft ist, wo die Macht der Spekulation und des Schiebertums gebrochen wird. Das kostbare Geschäftsgeheimnis steht auf dem Spiel, der Arbeiter soll wissen was aus den Erzeugnissen seiner Arbeit wird, wie sich rechnungsmäßig der Gewinn gestaltet, das ist Anlaß genug zum lamentieren. Die nach Bedarf rosig oder flau abgefertigten Berichte der Direktoren könnten auf ihre Richtigkeit hin geprüft werden, Dividendenschlucker geschädigt, Kurse ins Wanken gebracht werden, bloß weil der Arbeiter ein größeres Interesse an der Arbeit erhält!

Selbst diejenigen Arbeiter, die dem Betriebsrätegesetz skeptisch gegenüberstehen, können aus der Besorgnis der Unternehmer schliefen, was der Regierungsentwurf ihnen bringt. Diejenigen aber, die mit uns im vorliegenden Entwurf einen wesentlichen Fortschritt in der Demokratisierung der Wirtschaft sehen, sollen sich die Proklamation der Unternehmer doppelt zur Warnung dienen lassen. Der Fortschritt wird nur dann erreicht werden, wenn das Proletariat geschlossen den Querebenen der Kapitalisten gegen das Betriebsrätegesetz entgegentritt.

**Zur Steuerpflicht der Gewerkschaftsbeiträge und Gewerkschaftsunterstützungen.** Der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg hatte den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beauftragt, auf die Regierung und Gesetzgebung dahin einzuwirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden können und die Unterstützung der Gewerkschaften nicht als steuerpflichtiges Einkommen gelten. Auf eine Eingabe des Bundesvorstandes vom 28. Juli d. Js an den preußischen Finanzminister hat der letztere unterm 23. August folgende Antwort erteilt: »Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 19. März d. Js — II — 5874 — hervorgehoben habe, wird die Frage, ob in Zukunft die Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden dürfen, bei der kommenden Reform der Einkommensteuergesetzgebung unter Würdigung der hierfür vorgebrachten Gründe erneut geprüft werden. Das gleiche gilt von der Steuerpflicht der seitens der Gewerkschaften gewährten Unterstützungen.«

Sollten derartige Unterstützungen in Einzelfällen zur Einkommensteuer herangezogen worden sein und die Steuerpflichtigen sich hierdurch beschwert fühlen, so muß es ihnen überlassen bleiben, ihre Veranlagung mit den gesetzlich vorgesehenen Rechtsmitteln anzugehen.

Im Auftrage: gez.: (Unterschrift)

**Photographische Ausbildung.** In Berlin wohnende Lehrlinge und Gehilfen, die sich in der Photographie und deren Vervielfältigungsverfahren weiter bilden wollen, seien darauf aufmerksam gemacht, daß sie an der II. Handwerkerschule, Höhere kunstgewerbliche und technische Anstalt, nach untenstehendem Plan Fachunterricht erhalten können. Unterrichtsfächer: I. Photodermographie. Photolithographie, Heliogravüre und Lichtdruck (Mischewski) und Bauer) Dienstag und Freitag abends von 5—9 Uhr. II. Drei- und Vierfarbendruck für Buchdruck, Kilschees und Flachdruck (Bauer) Montag abends von 5—9 Uhr. III. Photochemie und Optik (Mischewski) Mittwoch und Sonnabend von 7—9 Uhr. IV. Kunstgewerbliche und industrielle Photographie (Kühn) Mittwoch und Sonnabend von 5—9 Uhr (Mischewski) Sonntag von 8—12 Uhr.

**Einen argen Mißklang auf der Leipziger Messe** würde es gegeben haben, wenn es nach dem Willen gewisser Scharfmacher gegangen wäre. Diese hatten nichts weniger vor, als sämtliche gastwirtschaftlichen Betriebe geschlossen zu halten, also auch die Hotels und dergleichen. Aus keinem anderen Grunde wollten die Scharfmacher eine Generalaussperrung des gastwirtschaftlichen Personals durchführen, als dem, daß die gastwirtschaftlichen Angestellten auf Durchführung des abgeschlossenen Lohntarifs bestanden. Dieser sah nämlich, wie auch in vielen anderen Städten, die feste Entlohnung an Stelle des Trinkgeldsystems vor. Die Herren Unternehmer aber wollten den Angestellten zumuten, ihr Gehalt in Form eines Aufschlages auf die Zechen von jedem Gaste selbst zu kassieren. Als die Angestellten fest blieben, und das Trinkgeldsystem nicht wieder hinten herum einführen lassen wollten, kam nach langem Hin und Her endlich ein Schiedsspruch zustande, der den Ansprüchen der Gehilfen voll gerecht wurde. Wenn auch beide Parteien schon vor Fällung des Schiedsspruches die Erklärung abgegeben hatten, sich demselben unterwerfen zu wollen, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß die Unternehmer gedroht hatten, die Betriebe selbst während der Messe geschlossen zu halten, wenn sich die Angestellten nicht dem Diktum der Unternehmer fügen würden! Diese Herren sollten sich allerdings nicht wundern, wenn immer wieder die Forderung auftaucht nach der Diktatur des Proletariats; denn Druck erzeugt Gegendruck!

## Zweite Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, den 19. und 20. August 1919.  
Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beauftragte am Schluß seiner Sitzung die frühere Statutenberatungskommission, die den Satzungenentwurf für den Gewerkschaftsbund ausgearbeitet hatte, mit der Aufstellung eines Reglements für die Umgestaltung der Gewerkschaftskarteile und Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. An Stelle des ausscheidenden Genossen Leipart, der die Leitung des württembergischen Arbeitsministeriums übernommen hat, wurde die Kommission durch A. Neumann (Holzarbeiter) ergänzt. Danach beschaffte sich der Ausschuß erneut mit der Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den vom Reich abzutrennenden östlichen Gebieten. In Westpreußen (Bromberg) hat sich bereits ein Gewerkschaftsbund gebildet. Eine Fühlungnahme mit den Gewerkschaftsgenossen Posen war seither wegen der hermelischen Abschiebung des Posenischen Gebiets nicht möglich. Eine Verbindung mit den Gewerkschaften Kongreßpolens ist auch heute noch nicht möglich. Ob in absehbarer Zeit an eine solche gedacht werden kann, ist mehr als zweifelhaft, da die polnischen Gewerkschaften erst in der primitivsten Entwicklung begriffen sind und mit denen der bisher deutschen Gebiete in keinen Vergleich zu bringen sind. Die Posenen Genossen wünschten eine Vertretung in diesem Gewerkschaftsbund sowie die Herausgabe der Materialien und des Gewerkschaftsorgans in polnischer Sprache sowie die Veranstaltung eines Kongresses, zu dem auch die Warschauer Zentrale sowie ein Vertreter der Zentrale Galiziens hinzugezogen würden. Nach kurzer Debatte wurde der Ausschuß dahin schlüssig, daß der Gewerkschaftsbund alsbald Verständigung mit den Zentralen in Warschau und Galizien suchen möge. Die übrigen Wünsche der Posenischen Genossen sollen erfüllt werden und eine Konferenz mit Hinzuziehung der Zentrale Kongreßpolens und Galiziens herbeigeführt werden.

Auf Anregung der Unternehmenseite der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände nahm der Ausschuß Stellung zu der Frage eines einheitlichen Abschlusses von Tarifverträgen in Industriebetrieben, die Arbeiter mehrerer Berufe beschäftigen. Diese Anregung wurde unterstützt von dem Vertreter des Bergarbeiterverbandes, der die Schwierigkeiten für den Abschluß eines Tarifvertrags im Bergbau schildert und das Verlangen erhebt, es möge immer die größte Organisation mit dem Abschluß eines Tarifvertrages betraut werden. In der Aussprache wurde seitens der Vertreter der in Betracht kommenden Verbände der Standpunkt vertreten, daß diese auf die Mitbeteiligung an den Tarifabschlüssen aus rein sachlichen Gründen nicht verzichten könnten. Ein gemeinsames Arbeiten sei aber recht gut möglich, wie Cohen aus seinen Erfahrungen in der Berliner Metallindustrie nachwies. Der Ausschuß nahm folgende Entscheidung an: »Die Organisation der Gewerkschaften Deutschlands ist aufgebaut auf Berufen. Diese Organisationsform hat sich auch bei dem gegenwärtigen Stande der industriellen Entwicklung durchaus bewährt. Ist die Organisation beruflich gestaltet, so muß auch die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beruflich erfolgen, und zwar möglichst in der Form von Reichstarifen.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich bei Schaffung von Tarifverträgen in Betrieben ergeben, wo mehrere Berufsgruppen in Frage kommen, kann bei aller Wahrung obigen Grundsatzes der Abschluß sogenannter Rahmenverträge, das heißt solcher, die das Lohngebiet nicht berühren, ins Auge gefaßt werden. Vor der Einleitung derartiger Tarifverhandlungen hat eine Verständigung zwischen den beteiligten Berufsverbänden stattzufinden, mit der Maßgabe, daß allen das Recht verbleibt, an den Verhandlungen teilzunehmen und für ihre Berufsangehörigen rechtsverbindlich abzuschließen. Bestehende Tarifverträge werden hiervon nicht berührt.

Der Verhandlung über Organisation und Streikrecht der Beamten sind Bestrebungen auf Gründung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Beamtenorganisationen vorausgegangen, welche die Generalkommission veranlaßten, mit der Gesamtorganisation der deutschen Beamtenschaft, dem »Deutschen Beamtenbund« in Fühlung zu treten, zwecks gewerkschaftlicher Umgestaltung des letzteren. Falls der Deutsche Beamtenbund gewillt war, auf gewerkschaftlichen Boden zu treten, war die Möglichkeit eines kartellierten Zusammenwirkens der drei großen Arbeitnehmergruppen, der Arbeiter, der Privatangestellten und der öffentlichen Angestellten gegeben. Die Beratung mit führenden Persönlichkeiten des Deutschen Beamtenbundes ergab deren Bereitwilligkeit, den letzteren auf gewerkschaftlichen Boden zu stellen, und es ist inzwischen auch eine Satzungsänderung in gewerkschaftlichem Sinne erfolgt. Insofern wären die Voraussetzungen für ein gewerkschaftliches Zusammenarbeiten mit dem Beamtenbund erfüllt; unterhält der letztere zurzeit einen Fonds für die Wahl von Beamtenvertretern zur Nationalver-

sammlung zur allgemeinen politischen Vertretungen, angeblich ohne Rücksicht auf deren Parteistellung. Dies muß als ein Gegensatz zur parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften, wie sie der Nürnberger Gewerkschaftskongreß beschlossen hat, erscheinen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß daher Bedenken tragen, den Deutschen Beamtenbund als Gewerkschaft anzuerkennen und wird aus dieser Stellungnahme kein Hehl machen. Gleichwohl kann der Vorstand den Anschluß zweier Beamtenorganisationen in Bayern an den Gewerkschaftsbund nicht empfehlen, da im allgemeinen Sondergründungen von Beamtenorganisationen dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Beamtenschaft nicht dienlich seien und da die eine Organisation in das Organisationsgebiet angeschlossener Gewerkschaften eingreift. Der Ausschuß schloß sich einhellig den Auffassungen des Vorstandes an. In der Frage des Streikrechts der Beamten vertrat der Ausschuß den seither stets betonten Standpunkt, daß den Beamten das Streikrecht wie jedem anderen Arbeitnehmer zustehen müsse.

Aus Anlaß von Lohnbewegungen macht sich bei vielen Verbänden der Wunsch nach Material über die Lohnentwicklung in anderen Berufen geltend. Aus diesem Grunde wurde der Ausschluß dahin schlüssig, die Vorstände um einen möglichststen Austausch solcher Angaben zu ersuchen. Der Bundesvorstand soll eingehend die Frage prüfen, wie die Lohnveränderungen in den verschiedenen Berufen baldmöglichst allen Gewerkschaften zur Kenntnis gebracht werden können.

Unter »Lohnzahlungsfragen« behandelte der Ausschuß mehrere vom Gewerkschaftskongreß ihm überwiesene Anträge des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes (zwingendes Recht des § 616 B. G. B.); Verwaltung Bleiefeld des Metallarbeiterverbandes (Freitag als Lohnzahlungstag), Gewerkschaftskartell Halberstadt (gesetzliche Mindestlöhne), sowie einen Antrag des Vorstandes des Notensteinerverbandes (Bezahlung der gesetzlichen Wochenentlöhne). Diese Anträge wurden nach längerer Aussprache mit Ausnahme des Antrags betr. gesetzliche Mindestlöhne der Kommission für Vorberatung des einheitlichen Arbeitsrechts als Material überwiesen.

Sodann berichtete A. Cohen über die Neugestaltung der Satzung der Zentralarbeitsgemeinschaft. Dieselbe sieht die Begründung von folgenden 14 Reichsarbeitsgemeinschaften für die Industrie und Gewerbebranche vor:

1. Eisen- und Metallindustrie, 2. Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 3. Baugewerbe, 4. Textilindustrie, 5. Bergbau, 6. Industrie der Steine und Erden, 7. Holzgewerbe, 8. Bekleidungsindustrie, 9. Papierfach, 10. Lederindustrie, 11. Transportgewerbe, 12. Glas- und keramische Industrie, 13. Chemie und 14. Öle und Fette. Die Reichsarbeitsgemeinschaften sollen sich bis spätestens Mitte September konstituieren haben, so daß der Zentralausschuß der Zentralarbeitsgemeinschaft anfangs Oktober zusammentreten kann. Einwendungen gegen die Satzung wurden nicht erhoben. Dem Wunsch der Handwerksorganisationen, eine besondere Gesamtarbeitsgemeinschaft bilden zu dürfen und als solche sich der Zentralarbeitsgemeinschaft anschließen zu können, stimmte der Ausschuß nicht zu.

Im weiteren Verlauf der Ausschußberatungen erstattete J. Sassenbach einen kurzgedrängten Bericht vom Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam. Da ein größerer Teil der Mitglieder der deutschen Delegation zum Internationalen Kongreß an der Ausschußsitzung nicht teilnehmen konnte, so wurde die Aussprache über diesen Punkt vertagt.

Der Beitrag der Gewerkschaften zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für das Jahr 1919 soll nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Jahreszahl 1919 berechnet werden.

Zur Organisation des Bundesvorstandes teilte Legien mit, daß die bisherigen Räume der Generalkommission sich als unzureichend ergeben hätten und gegen größere vertauscht werden müssen. Er erläuterte die geplante Geschäftsverteilung, gegen welche Bedenken im Ausschuß nicht erhoben wurden. Der von der Gehälterkommission unterbreiteten Vorlage über die Regelung der Gehälter für die im Bureau des Bundesvorstandes beschäftigten Beamten und Hilfsarbeiter sowie über die Ferien und Sitzungsgelder stimmte der Ausschuß zu.

Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes teilte dem Bundesvorstand mit, daß die Grenzstreitigkeiten seines Verbandes mit dem Fabrikarbeiterverband beigelegt worden seien.

Ein Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Bundesvorstand ersucht die Gewerkschaften um zuverlässige und möglichst beschleunigte Berichte der Wohnungsverhältnisse, wofür größeres Fonds erstattung über Arbeitsstreitigkeiten. Das Schreiben wird den Gewerkschaften zur Kenntnis gebracht. Ein weiteres Schreiben des Arbeitsministers weist auf die Ursachen der Kohlennot hin. Nach Mitteilungen Legiens hat sich auch der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft mit dieser Frage befaßt. Er empfiehlt eine angemessene Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter unter Tage gegenüber anderen Arbeitergruppen und eine Verbesserung

zur Verfügung gestellt werden sollten. Von letzterem Vorschlag wurde Abstand genommen, doch soll für eine erhöhte Löhnung der Bergarbeiter unter Tag Propaganda gemacht werden, um dem Bergbau mehr Arbeitskräfte zuzuführen. Während der Vertreter des Bergarbeiterverbandes über eine allmähliche Steigerung der Fördererziffern in der Steinkohlenerzeugung berichten konnte, liegen nach Mitteilungen Brunners die Verhältnisse im Eisenbahnwesen und in der Lokomotivfabrikation unsäglich traurig. Auch nach anderen Erklärungen liegt die Hauptsache der Kohlennot in den immer mehr überhandnehmenden Mängeln im Eisenbahnwesen.

Das Reichswirtschaftsamt ersucht infolge von Verhandlungen über Betriebsstilllegungen in der Industrie die Gewerkschaften um Auskünfte und etwaige Materialien. Die Beantwortung wird dem Bundesvorstand überlassen. Die Entscheidung über den Anschluß der Internationalen Artistenloge an den Gewerkschaftsbund, die sich nach ihren Satzungen auf gewerkschaftlichem Boden bewegt, wurde ausgesetzt.

Dem Anschluß des Verbandsvorstandes an das Institut für Gewerbehygiene stimmte der Ausschuß zu.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Aufbau oder Abbau?

Der Verbandstag steht vor der Tür und damit die Lösung einer Anzahl der schwierigsten Fragen, die für die Zukunft unserer Unterstützungseinrichtungen von größter Bedeutung sind. Die Kollegen dürften ja inzwischen alle die Aufklärungsschrift des Hauptvorstandes gelesen haben. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Abhandlung der Grundgedanke: Wir müssen abbauen. Diese Auffassung scheint sich auch bereits bei einem großen Teil der Mitglieder festgesetzt zu haben, dem Dresdener Ortsbericht vom 29. August könnte man entnehmen, daß wir überhaupt keine Unterstützungen mehr brauchen, sondern diese gänzlich dem Staat zu überlassen hätten. Das ist gewiß richtig, aber wir wollen nicht vergessen, daß der Staat augenblicklich auf dem Punkt angekommen ist, wo er selber weder kaum leben noch sterben kann. Die Selbsthilfe ist schon immer noch das Sicherste, deswegen darf der Ausbau der staatlichen Versicherung auch noch kommen, so viel wird nicht dabei heraushängen, daß wir die eigenen Unterstützungen nicht auch gebrauchen könnten, bei denen wir zudem noch einer rigorosen Auslegung der Bestimmungen geschützt sind. Zahlen beweisen, und aus der Schrift des Hauptvorstandes geht unweigerlich hervor, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Bauen wir also ab, wo wir es ertragen können, aber vergessen wir dabei nicht das Aufbauen, wo es unbedingt nötig ist. Seitens unserer Zahlstelle ist auf meine Anregung hin folgender Antrag eingereicht worden: Die Invalidenrente tritt unabhängig von dem tatsächlichen Eintritt der Invalidität, gleichzeitig mit dem Bezug der staatlichen Altersrente in Kraft, wenn das Mitglied mindestens 30 Jahre ununterbrochen dem Verbandsangehörigen und seinen Verpflichtungen einwandfrei nachgekommen ist. Kollegen, ein jeder dürfte wohl die Berechtigung dieser Forderung einsehen. Welcher Kollege wird überhaupt 65 Jahre. Man verlange nur einmal die Totentafeln in der „Graph. Presse“, und man wird erkennen, daß nur ein ganz kleiner Prozentsatz von Kollegen annähernd das biblische Alter erreicht. Bei der vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Beitragserhöhung dürfte diese Einrichtung unbedingt durchführbar sein, denn in der errechneten Höchstzahl von Invaliden sind diese alten Kollegen sicherlich schon alle in Betracht gezogen. Ginge es aber so nicht, was aber kaum der Fall sein dürfte, gut, zahlen wir dann einen Groschen mehr, wir würden alle beim Eintritt in dieses Alter den Beschluß zur Zahlung desselben segnen. Von dem Ertrage dieses Mehrbeitrages könnten bei 10 000 Mitgliedern schon jetzt wöchentlich rund 150 alte Kollegen diese Unterstützung erhalten, obwohl dieselben vorläufig noch gar nicht vorhanden. Die vorgesehene Zahlung von 30 vollen Jahresbeiträgen schließt einen Mißbrauch der Einrichtung völlig aus. Also Kollegen, äußert euch zu diesem Antrage; auf den jetzt stattfindenden Gantagen sowie auch in der „Graph. Presse“ habt ihr dazu reichlich Gelegenheit. Einer für alle, alle für einen.

Hermann Leder, Hirschberg i. Schl.

### Berufliche Ausbildung.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch bedroht Deutschland auf das heftigste. Das einzige Mittel, den Zusammenbruch aufzuhalten, ist die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Aber nur zu sehr hat der Krieg mit der Arbeitskraft des deutschen Arbeiters Raubbau getrieben und die erfolglose Unterernährung gab nicht die Mittel zur täglichen Reproduktion der Arbeitskraft. Hinzu kommt noch, daß ganz naturgemäß der seelischen Spannung

die Reaktion folgt ist, deren sinnbarer Ausdruck ein allgemeines Würstigeigenschaft ist. Die jahrelange Absperrung vom Weltmarkt und die Kriegsindustrie hat alle Rohmaterialien restlos zur Neige gehen lassen und das Unwesen der Ersatzstoffe geschaffen. Die zur Verarbeitung gelangenden Ersatzstoffe verringern durch ihre schwere Verarbeitung die Leistungsfähigkeit nicht nur quantitativ, sondern beeinflussen auch qualitativ nicht unwesentlich die Produktion. Die Arbeit ist zu einer Qual geworden und jeder Schaffensdrang fast restlos erstickt. Und trotzdem ist das einzige Mittel, dem furchtbaren Schicksal zu entrinnen, die Steigerung der Arbeitsleistung. Kein Wunder deshalb, wenn alle denkfähigen Köpfe sich im Schweiße ihres Angesichtes abmühen, durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit den drohenden Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens hintanzuhalten. Die Technik ist es dabei, die bei diesen Untersuchungen zur Lösung der brennenden Frage den größten Raum einnimmt und tagtäglich werden neue Vorschläge gemacht, durch technische Verbesserungen unsere Produktion ausgiebiger zu gestalten. So wird neuerdings in den Vordergrund der Auseinandersetzungen die Biotechnik gestellt, die versucht nachzuweisen, daß alle technischen Erfindungen und Verbesserungen schon in ihrer entwickeltesten Form in der Natur vorzufinden sind und daß es die Hauptaufgabe sei, die Natur eingehender zu studieren. Denn in der Natur würde man eine ganze Reihe von Anregungen finden zur Lösung von technischen Problemen und der Ehrfurcht würde befähigt zu Nutz und Frommen des deutschen Volkes. Leider vergißt man bei all diesen Untersuchungen zu beachten, daß in Deutschland zurzeit eine Mergel menschlicher Arbeitskraft brach liegt, die sehr wohl dazu verwendet werden könnte, die Arbeitsleistung zu steigern. Jedoch solange die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ausschließlich den Besitzern der Produktionsmittel zugute kommt, besteht wenig Aussicht auf wirksame Verwendung der brachliegenden Kräfte.

Es wäre geradezu zu verwundern, wenn bei diesem Suchen nach Steigerung der Leistungsfähigkeit durch Verbesserung der Technik unser Gewerbe feilnahmlos beiseite stehen würde. Aufmerksame Beobachtungen ergeben vielmehr, daß man einmal durch Zusammenlegung von kleineren Betrieben in einem Großbetrieb die Produktion auf höherer Stufenleiter ergiebiger gestalten will. Aber auch technische Verbesserungen der verschiedensten Art lösen sich aus dem Schoße der Zukunft und nehmen greifbare Formen an. Selbst dem letzten Berufsarbeiter wird langsam klar, daß die Beschäftigung mit der Fachtechnik ein Fachimpel ist, sondern eine Notwendigkeit, geboren aus den harten Tatsachen der Entwicklung. Ja, man beginnt sogar einzusehen, daß die Überführung der Produktionsmittel aus dem Besitz des Einzelnen in das Eigentum der Gesamtheit erst dann zur Möglichkeit wird, wenn die Gesamtheit in der Lage ist, die Produktionsmittel so in Gang zu bringen und zu entwickeln, daß auch die Gesamtheit einen wirklichen Nutzen davon hat. Denn das ist doch in letzter Linie des Pudels Kern.

Solange die Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesamtheit noch nicht vollzogen ist, tun die Berufsarbeiter gut, ihr Augenmerk auf die Entwicklung der Technik zu richten. Es könnte sonst nur zu leicht der Fall eintreten, daß die Arbeiterchaft, wie schon so oft, bei daraus resultierenden Veränderungen der Arbeitsweise der leidtragende Teil sein würde. Das Verstehen der technischen Entwicklung mit ihren fortwährenden kleinen Veränderungen ist jedoch nicht so einfach und es gehört schon eine gewisse Schulung dazu, aus dem Wust des täglich Neuerfindenden das herauszufinden, das auch für die Zukunft von weittragender Bedeutung ist. Vor allen Dingen aber erfordert die Beobachtung der technischen Entwicklung des Berufes eine eingehende Kenntnis des Berufes. Leider wird in der Lehrzeit viel zu wenig Wert darauf gelegt, den Lernenden mit allem im Beruf vorhergehenden vertraut zu machen. Im Allgemeinen bedrückt man sich darauf, dem Lehrling die notwendigen Handfertigkeiten beizubringen. „Für das Vergangene gibt der Jude nichts.“ Deshalb auch so oft die Tatsache, daß man sich bei Störungen nicht zu helfen weiß. Und ein Beruf, der sich so auf chemischen Vorgängen aufbaut, ja direkt darauf begründet ist, verlangt, wenn er beherrscht sein will, wirklich mehr als Handfertigkeit. Aber nicht nur die Kenntnis der chemischen Vorgänge, sondern auch die historische Entwicklung unseres Berufes ist Voraussetzung zu seiner vollständigen Beherrschung. Zwei gute Bücher stehen uns da in unserem Streben zur Verfügung, die durch den Krieg wieder einmal vergessen, durch eine kurze Beschränkung aber wieder an das Licht der Öffentlichkeit gezogen werden sollen. Das soll in zwei weiteren Artikeln geschehen.

### Ortsberichte.

**Aschersleben.** Nachdem in unserer Zahlstelle die meisten Kollegen aus dem Kriege zurückgekehrt waren, beschloß die Mitgliedschaft Aschersleben, ein Preisausschreiben für ein Jubiläum für die gefallenen Kollegen zu veranstalten. Es

wurde dann auch mit regem Fleiß und Interesse an diesem Werk gearbeitet. Das Ergebnis des Ausschreibens war 5 Entwürfe, welche dann von einer Jury der Akademie der graphischen Künste in Leipzig, bestehend aus 3 Professoren, den Herren Prof. Tiemann, Steiner-Prag und Schumann mit drei Preisen bewertet wurden. Um nun das allgemeine Interesse für unseren Beruf wieder zu gewinnen, kam die Zahlstelle zu dem Entschluß, am Orte eine Ausstellung für Lithographie und Steindruck, im Vordergrund unser Preisausschreiben, zu veranstalten. Es folgte dem auch dann eine öffentliche Ausstellung und zwar vom 22. bis 24. August 1919. Sie mußte aber wegen des starken Besuches um 3 Tage verlängert werden, wurde doch die Ausstellung von zirka 5000 Personen besucht. Reges Interesse konnte man bei allen Besuchern beobachten, besonders aber bei den Schülern, welche klassenweise mit den Lehrern erschienen. Es war ja auch die Ausstellung ein kleines Musterwerk, denn auch für den Laien zeigte sie ein verständliches Bild. Von der Erfindung bis zum Offsetdruck, an der Hand von Originalsteinen mit den verschiedensten Arten von Lithographieren, bis zum größten Maschinenstein mit Überdruck, aber auch das Zweidruckverfahren und der Offsetdruck. Des weiteren sah man dort die Entstehung eines Bildes, in Packungen, Plakaten, Keramik, Seidendruck, Zelluloid, die verschiedensten Druckverfahren, Entwürfe und Gemälde wurden dem Besucher in Wort und Bild von Kollegen in Vorträgen erläutert.

Reichliche Unterstützung fand in anerkannter Weise die Ausstellung von den Inhabern der Firma H. C. Bestehorn. Vor Schließung der Ausstellung fand unter Führung von älteren Kollegen die Gesamt-Kollegenchaft mit Einschluß der Lehrlingsabteilung nochmals eine Erläuterung über die verschiedenen Manieren und Drucktechniken statt.

Vom Wunde durchdrungen, die nächste Ausstellung am Orte noch größer zu schaffen und in noch weitere Kreise zu tragen, und möglichst in Gemeinschaft mit unseren Kollegen von der schwarzen Kunst dabei zu wirken, wurde die Ausstellung geschlossen.

**Halle a. S.** Die am 10. d. M. im hiesigen Gewerkschaftshaus tagende starkbesuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich u. a. mit dem Antrag des Hauptvorstandes betr. Erhöhung des Beitrages und der künftigen Gestaltung der Invaliden- und Witwenunterstützung. Von der Notwendigkeit der Erhöhung des Beitrages waren alle Anwesenden einmütig überzeugt. Verurteilt wurde dagegen die Umgestaltung der Invaliden- und Witwenunterstützung, die in der beantragten Form eine große Ungerechtigkeit für die älteren und alten Kollegen bedeutet. Einen gargbaren Weg sehen die Kollegen in den Vorschlägen der Zahlstelle Crimmitschau in Nr. 36 der Gr. Presse. Sie sind aber der Ansicht, daß der Gewerkschaftsbeitrag zugunsten der Invaliden- und Witwenkasse noch gekürzt werden kann und schlugen folgende Sätze vor:

40 Pf. R.-, A.-V. Unterstützung, 45 Pf. für gewerkschaftliche Zwecke, 40 Pf. Krankenkassenunterstützung, 45 Pf. für Invaliden und Witwen, 10 Pf. für Stibergeld, 10 Pf. für Schuldentilgung, 10 Pf. zur Schaffung eines Invalidenfonds. Letzterer ist mündelicher anzulegen.

Erfolgt entsprechend diesen Sätzen soll die Witwenunterstützung betragen:

Bei mindest. 650 Wochenbeiträgen	2 Mk.	zeitlebens
" " " " " " " "	1040	" " " "
" " " " " " " "	1560	" " " "

Im übrigen sind die Kollegen mit den Crimmitschauer Vorschlägen einverstanden.

Große Entrüstung löste der Antrag des Hauptvorstandes betr. Kürzung des Honorars für Mitgliedschaftsvorstände von 3 auf 1 Proz. aus. Die Kollegen können nicht verstehen, daß der Hauptvorstand die Arbeit der Mitgliedschaftsvorstände so gering einschätzt. Man kann doch wirklich nicht verlangen, daß die Kollegen bei der unendlichen Arbeit und Mühe ihr eigenes Geld zusetzen. Wenn gespart werden muß, dann überlege man sich die beabsichtigte Anstellung neuer Beamten ja recht reichlich. Das Honorar muß unbedingt in der alten Höhe bestehen bleiben. Wenn irgend möglich, soll die alte Zeitverhältnisse entsprechende Erhöhung vorgenommen werden. Die Wahlkreiseinteilung fand ebenfalls nicht den Beifall der Versammlung. Die Art und Weise, wie man die Zahlstelle Halle a. S. gegenüber viel kleineren Mitgliedschaften bezüglich der Wahl des Vorortes zurückgesetzt hat, gibt zu denken. In der Tagespresse wird Halle als Hochburg der U. S. P. bezeichnet. Fürdient man vielleicht einen zu oppositionellen Vertreter? Jedenfalls werden die Hallenser Kollegen nur einen Vertreter wählen, der das Beibehalten Worth beherzigt: Arbeiter, achtet auf eure Führer! Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr.

\*) Bei nochmaliger Durchsicht der Anträge des Verbandsvorstandes werden die Kollegen erkennen, daß sie sich nicht haben. Es sollen danach erhalten je 1 Proz. an Entscheidung der Kassierer und der Vorsitzenden, das macht zusammen 2 Proz. Die Herzbeziehung ist also von 3 auf 2 Proz. Sie ist aber schon durch die Beitragskürzung ausgeglichen, infolge der Gesamtschuldung trotz Herzbeziehung um 1 Proz. höher ist vorher.

# Photogr. Mitarbeiter

## Ortsberichte.

**Pforzheim, Photographen.** Bedingt durch die schlechte wirtschaftliche Lage der hiesigen Gehilfenschaft traten sämtliche Kollegen vom Porträtfach im Juni d. J. geschlossen dem Senefelder-Bund bei; um, vertreten durch diesen Verband mit den Arbeitgebern Pforzheims einen Tarifvertrag abzuschließen. Durch das anerkannterweitere Entgegenkommen der Arbeitgeber gelang es auch in kürzester Zeit den Tarif in Kraft treten zu lassen. Kurz zusammengefaßt wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Der Tarif tritt rückwirkend am 1. Mai 1919 in Kraft.  
Die Löhne wurden folgendermaßen zusammenge setzt:

im 1. Gehilfenjahr Mk. 200,—	monatlich
" 2. "	" 225,— "
" 3. "	" 250,— "
" 4. "	" 275,— "

Von da ab jährlich um 15 Mk. steigend.

Erste Kopierer und erste Retuscheure nach achtjähriger Berufstätigkeit Mk. 350,— bis Mk. 450,— monatlich.

Zweite Operateure und Bromsilberretuscheure nach 10jähriger Berufstätigkeit Mk. 450,— bis Mk. 550,— monatlich.

Erste Operateure und technische Leiter nach 10jähriger Berufstätigkeit Mk. 625,— bis Mk. 750,— monatlich. Überstunden werden bis zu 2 Stunden mit 50 Proz. Zuschlag, über 2 Stunden mit 75 Proz. Zuschlag bezahlt.

Wesler wurde festgelegt, daß jedes Geschäft bis zu zwei Gehilfen einen Lehrling, über zwei Gehilfen zwei Lehrlinge beschäftigen darf. Lehr linge erhalten im 1. Jahr Mk. 30,—, im 2. Jahr Mk. 50,— und im 3. Jahr Mk. 70,— monatlich Kostgeld. Volontäre und Volontärinnen dürfen nicht mehr gehalten werden. Urlaub und Sonntagsarbeit wurden ebenfalls geregelt.

Kollegen! Aus diesem Tarif ist wieder zu ersehen, daß nur durch straffe Organisation etwas zu erreichen ist. Das Bilden von Zwergverbänden ist zwecklos und führt nie zum Ziel. Allein das Zusammenfassen aller Gehilfen und Gehilfinnen in einem Verbands garantiert Fortschritt und Erfolg im Kampf um das Notwendigste. Darum Außenstehender, tretet ein in den Verband der Lithographen, Steindr. u. verw. Berufe (Deutscher Senefelder-Bund)! Nur dieser Verband kann euer Interesse mit Erfolg vertreten.

# Die Tapetenbranche

## Ortsberichte.

**Berlin, Formstecher.** In der am 30. August stattgefundenen regelmäßigen Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß am 11. und 12. Oktober in Hannover unsere Branchenkonferenz tagen wird. Des Weiteren nahm die Versammlung Kenntnis von dem ausgearbeiteten Vertragsentwurf, auf dessen Grundlage der neu abzuschließende Tarif aufgebaut werden soll. Nach Vornahme einiger Satzungsänderungen wurde die allgemeine Durchberatung des Tarifvertrages bis zur nächsten Versammlung vertagt, damit sich den vorweg zu wählenden Delegierten zu dieser Konferenz Gelegenheit bietet, die bei der Durchberatung sich ergebenden Wünsche und Abänderungen daselbst zu vertreten. Dem Wunsche der Kollegen, jedem Mitgliede nach Drucklegung ein Exemplar zur besseren Information auszuhandigen, kann infolge der hohen Druckkosten nicht stattgegeben werden, doch soll möglichst jedem Vertrauensmann ein Exemplar ausgehändigt werden, damit von Hand zu Hand in den einzelnen Betrieben ein jeder Kollege Einsicht bis zur nächsten Versammlung nehmen kann.

Zur Generalversammlung unseres Verbandes wurde die beantragte Beitragserhöhung als nicht notwendig erachtet, denn, wenn auch die Finanzlage keine rosige zu nennen sei, sei doch nicht zu verkennen, daß, nachdem ein großer Teil der Mitglieder infolge der öfteren Arbeitslosigkeit durchweg ausgesteuert sei, man für die Folge mit einem großen Teil zahlender aber nicht bezugsberechtigter Mitglieder zu rechnen habe, auch sei der jetzige Beitrag in Anbetracht der Einkommensverhältnisse unserer Kollegen schon hoch genug. Eine Sanierung unserer Kassenverhältnisse bleibe sich in der Aufhebung der Invaliden- und Witwenkasse, denn für diese Unterstützungseinrichtung sei in einer Kampforganisation der heutigen Zeit entsprechend kein Platz mehr vorhanden. Ein diesbezüglicher Antrag auf die Generalversammlung wurde gegen eine kleine Minderheit angenommen. Als Vertreter in der Lehrlingskommission wurde der Kollege Gräfe gewählt. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß zur Wahl der Delegierten zur Branchenkonzferenz, eventuell auch zur Generalversammlung, nur die Mitglieder unseres Verbandes wahlberechtigt sind.

# Graphische Technik

## Kornpapier.

Wenn auch Arbeiten auf Kornpapier verhältnismäßig nur wenig auftreten, so kommt es doch hier und da vor, daß Künstler, Zeichner oder Lithographen außer der Kreidplatte auch Kornpapier benutzen.

Da diese Arbeiten, wenigstens in den meisten Geschäften, selten sind, so befinden sich speziell unter der jüngeren Kollegenschaft noch solche, die mit der rationalen Arbeitsweise zur Erzielung eines guten Resultates wenig vertraut sind. Wie oft sind schon gute Arbeiten vernichtet und Kunden, welche etwas Eigenes vervielfältigen lassen wollten, enttäuscht worden. Um diese Kollegen mit dem Ergebnis gesammelter Erfahrungen zu unterstützen, diene folgendes. Ich weiche von der Methode ab, welche ältere und frische Kornpapierzeichnungen über einen Leisten behandelt. Nehmen wir an, es handle sich um frische Kornpapierzeichnungen. Wenn die Zeichnung auf dem Kornpapier schön sauber, offen und gut durchgearbeitet ist, so nehme ich einen glatten, gut geschliffenen und harten Stein. Ist dieses nicht der Fall, so benutze ich einen leicht gekörnten, wegen der eventuellen Retusche. Bereite mir sodann, während ich den Umdruck ausführe, heißes Wasser. Zum Überziehen nehme ich einen gut abgerichteten, aber nicht scharfen Reiber. Um etwaige Schärfe zu nehmen und den Druck welcher zu gestalten, lege ich zwischen dem Holz und Leder des Reibers eine 1/2 mm dicke Schicht Filz oder anderes weiches Papier. Diese Manipulation ist äußerst wichtig, weil dadurch das Breitwerden des Kornes und damit das Breitwerden des Punktes verhütet werden soll. Gebe einen mäßigen Druck, eher weniger als mehr, nur gerade soviel, um das Kornpapier zum haften zu bringen. Den sauberen Stein benutze ich stark mit reinem Wasser und lasse dasselbe je nach der Härte des Steines 5 bis 10 Minuten darauf stehen. Dadurch wird der Stein stark feucht, ich unterlasse das feuchte Wischen vor dem Auflegen und das wichtigste für den Passer, das vorherige Einlegen in feuchte Makulatur. Auf dem äußerst mäßig gefeuchteten Stein wird das Kornpapier aufgelegt und dreimal hin und zurück mit mäßiger Spannung durchgezogen. Darauf wird die Spannung verstärkt und mit der Zeit soweit, daß annähernd der normale Druck herauskommt. Nach diesem Aufziehen wird das Papier auf der Rückseite mäßig angefeuchtet und mit immer leichterer Spannung und öfterem Feuchten wie beim Umdruck durchgezogen. Das Papier muß aber noch restlos kleben bleiben und darf nicht wellig liegen, lieber ist das feuchte Durchziehen zu unterbrechen. Der Stein wird dann aus der Presse genommen und auf einen Bock gelegt. Neben den Stein stelle ich mir den Gummipotf mit dickem Gummi (am liebsten etwas saurem) nebst Gummischwamm zurecht. Ich gieße nun vorsichtig das heiße Wasser solange über den Stein, bis das Papier gleichmäßig abspritzt. Die Kreidenschicht muß dann noch gleichmäßig aufliegen. Hier auf, ohne das Wasser lange auf die Kreidenschicht wirken zu lassen, löse ich mit dem vollgefüllten Gummischwamm vorsichtig dieselbe ab. Es dauert gewöhnlich etwas lange, ist aber unbedingt nötig, um das Fortschwimmen der Kreide oder Tusche zu verhüten. Lasse dann den Stein unter starkem Gummi 1 bis 2 Stunden lang stehen. Nahher wird abgewaschen und der Stein mit leichter Gummiätze vermittels Wattebausch, ohne vorher eingewalzen oder gepudert zu sein, geätzt, um Schmutz, als wie Schuppen, Mundspritzer, Schnupftabak u. a. m. zu beseitigen. Der Stein wird dann schwach gummiert beiseite gesetzt. Nach dem Abwaschen wird derselbe ohne Auswaschen mit leichter Federfarbe vorsichtig eingewalzt, bis derselbe eine stärkere Ätze verträgt, aber ohne zu brennen. Das Anreiben ist nur ausnahmsweise vorzunehmen, da der zarte Kreidepunkt leicht abbricht oder überleben wird. Nach dieser Ätzung ist die Behandlung des Steines mit Auswaschen usw. die übliche. Das eben angeführte ist bei großen und kleinen Formaten anwendbar. Jetzt zu den älteren Kornpapierzeichnungen: Um das Kleben der Kreidenschicht zu veranlassen, lege ich das Papier in gut durchgefeuchtete Makulatur. Um ein gutes und gleichmäßiges Feuchten zu erzielen, muß ich die Zeichnung von Zeit zu Zeit in der Lage verändern. Da es bei großen Formaten schwierig ist, gleichmäßig durchgefeuchtetes Kornpapier zu bekommen, nehme ich von vornherein einen leicht gekörnten Stein. Zu starkes und unregelmäßiges Feuchten läßt die Zeichnung an diesen Stellen blind auf dem Stein erscheinen. Bei einem gekörnten Stein lassen sich dann diese Stellen mit einer spitzen Kreide leicht retuschieren. Von einem genauen Passen kann natürlich in diesem Falle keine Rede sein. Z.

herstellen lassen, sind die Druckereien vielfach vor Aufgaben gestellt, deren Lösung unter Berücksichtigung der Verhältnisse während des Krieges nicht immer ganz leicht ist. Man denke nur an die großen Aufträge auf Herstellung von Lebensmittelkarten aller Art und die Anforderungen, die an diese Drucksachen gestellt werden. Es handelt sich dabei um große Auflagen, die mit zum Teil mangelhaften Hilfsmitteln und oft auf minderwertigem Papier in kurzer Zeit gedruckt werden müssen. Dabei sollen diese Druckereien doch eine verhältnismäßig sorgfältige Ausführung aufweisen, um Fälschungen soviel wie möglich vorzubeugen. Denn wiederholt ist schon darauf hingewiesen worden, daß man den Lebensmittelkarten, insbesondere den Brotkarten, bei der Herstellung zu wenig Aufmerksamkeit zuwande, um sie gegen Nachahmung zu sichern. Die Geschichte des Kampfes der Wertpapierhersteller gegen Verfälschung und Nachahmung zeigt ja deutlich, daß jede Fälschung schon dadurch erschwert werden kann, daß sie zu schützenden Drucksachen möglichst sorgfältig hergestellt werden. Das läßt sich auch bei den Massendrucksachen bewirken, wenn nur die dafür besonders geeigneten Verfahren zur Anwendung gelangen, die den Fälschern die Arbeit zum mindesten sehr erschweren, wenn nicht unmöglich machen.

Wie schwierig es aber ist, sich in einzelnen Fällen der dafür besonders angepaßten Verfahren zu bedienen, zeigt ein lehrreicher Fall. In einer großen Stadt Mitteldeutschlands hatten die Buchdrucker eine Vereinbarung getroffen, um sich ihren Besitzstand an Drucksachenaufträgen während des Krieges zu sichern und angemessene Preise dafür zu erzielen. Als nun größere Aufträge auf Lebensmittelkarten auszuführen waren, wurden diese Aufträge einer Druckerei zugewiesen, die dafür den Offsetdruck verwandte. Naturgemäß war die Druckerei in der Lage, die Drucksachen nicht nur schneller, sondern auch billiger herzustellen, als dies im Buchdruck der Fall war. Dagegen aber erhob die übrigen Buchdruckereien Einspruch. Das eingesetzte Schiedsgericht verurteilte die Druckerei wegen unkollegialen Verhaltens und Verstoßes gegen die getroffenen Vereinbarungen zu einer Geldstrafe. Dabei wurde von der Anschauung ausgegangen, daß bei der Ausführung der fraglichen Druckaufträge kein Unterschied zu machen sei zwischen Buch- und Steindruckarbeiten, bzw. daß auch die im Offsetdruckverfahren hergestellten städtischen Lebensmittelkarten als unter die Vereinbarung der Buchdrucker fallend, anzusehen waren. Es ergab sich also zunächst die für alle Steindruckereien wichtige Frage, ob dies zutreffend sei oder ob nicht vielmehr eine Verknüpfung des Wesens des Offsetdruckes vorliegt.

Dabei muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß es im wesentlichen nur drei Druckarten gibt, um von der gezeichneten, gestochenen, geätzten oder sonstwie hergestellten Platte oder Druckform Abzüge zu machen. Nämlich 1. Hochdruck, 2. Tiefdruck, 3. Flachdruck. Jede dieser drei Druckarten ist abhängig von der Beschaffenheit der dafür dienenden Form. Beim Hochdruck ist die Druckform erhaben und steht tief über dem vertieften Grunde, so daß die Werkzeuge, welche das Auftragen der Farbe besorgen, diese nur an die erhabenen Bild- bzw. Schriftflächen, abgeben, während der vertiefte Grund rein bleibt. Für den Hochdruck kommt also nur der Buchdruck, der Holzschnitt, der typographische Druck schlechthin in Betracht. Der Tiefdruck ist das Gegenteil des Hochdrucks. Hier sind diejenigen Partien, welche zum Abdruck kommen sollen, tief in die Druckform eingeschnitten oder geätzt. Während also beim Hochdruck die hochstehenden Bildflächen zum Abdruck gelangen, werden beim Tiefdruck die vertieft liegenden Stellen mit Farbe versehen und zum Abdruck vorbereitet, während die hochstehenden Stellen freibleiben. Für den Tiefdruck kommt also der Kupferdruck mit seinen verschiedenen Abarten in Betracht.

Nicht so einfach ist das Wesen des Flachdruckes, zu dem der Steindruck, der chemische Druck, der Druck von Metallplatten und der Lichtdruck gehören. Beim Flachdruck handelt es sich um physikalische und chemische Prozesse, und der Druck entsteht im Gegensatz zum Hoch- und Tiefdruck dadurch, daß von einer ebenen Fläche die Druckkomplexe auf der Druckform liegen, derart, daß infolge der Lithographie zugrunde liegenden chemischen Behandlung nur ein Komplex die Farbe annimmt, der andere sie abstößt.

Der Offsetdruck ist nun eine neuere Art des Flachdruckes, der unter allen drucktechnischen Verfahren eine besondere Stelle einnimmt und in erster Linie geeignet ist, dem Hochdruck, also dem Buchdruck, erfolgreich Konkurrenz zu machen. Denn der Offsetdruck vereint die Vorzüge des Buchdrucks mit denen des Flachdruckes. Es handelt sich beim Offsetdruck um ein mittelbares Druckverfahren, dessen größte Bedeutung darin besteht, daß es den Druck von Halbtonen ganz unabhängig von der Beschaffenheit des Papiers ermöglicht und dabei eine außerordentlich hohe Leistungsfähigkeit in der Menge zeigt. Dabei können alle Arten von Druckformen Verwendung finden, z. B. Rasterklischees in bequemer Weise mit Letternsatz vereinigt werden und die Zurichtung dafür erfordert weniger Zeit und Arbeit als etwa beim Buchdruck.

## Lebensmittelkarten und Offsetdruck.

Wie auf allen anderen Gebieten des Wirtschaftslebens, so hat auch in der Druckindustrie der Krieg umgestaltend gewirkt. Durch die zahlreichen Kriegsdruksachen, die der Staat und die Gemeinden

Seine eigene Bedeutung zeigt das Verfahren in allen den Fällen, wo es sich darum handelt, rauhe Papiere zu bedrucken, und man nicht in der Lage ist, für jede Druckarbeit die geeigneten Papiere zu beschaffen. Ein feines Raster würde z. B. im Buchdruck nur dann Verwendung finden können, wenn glattes, gestrichenes Papier zur Verfügung steht. Die Offsetpresse dagegen ermöglicht die Verwendung jedes Papiers, selbst auf weichem, rauhen, halb oder garnicht geleimtem Papier läßt sich drucken und zwar in einer von der Buchdruckpresse unerreichten Weise. Das Raster verschwindet, das Bild liegt von der Photographie kaum unterscheidbar auf dem Papier, so daß die Drucke dem Lichtdruck, wo ja auch rauhe Papiere verwendet werden können, als ebenbürtig bezeichnet werden, nur daß das Offsetverfahren diesem gegenüber den Vorzug hat, daß Auflagen in beliebiger Höhe gedruckt werden können, was bekanntlich beim Lichtdruck nicht der Fall ist.

Wie der Name Offset, d. h. Widerdruck besagt, geschieht der Druck nicht unmittelbar auf dem Papier. Der Umstand, daß die Zink- oder Aluminiumplatte verwandt werden kann, bot zuerst die Möglichkeit, den Rotationsdruck für den Flachdruck anzuwenden, das heißt also, die Platte in Zylinderform zu biegen und dann davon zu drucken. Im großen und ganzen ähnelt auch die Offsetmaschine in ihrem Bau und in ihrer Anordnung einer Zinkdruck-Rotationsmaschine. Während aber bei dieser der Druck von dem gestätzten Zinkdruckzylinder unmittelbar auf das Papier erfolgt, ist dies beim Offsetverfahren nicht der Fall. Vielmehr ist zwischen dem die Zeichnung tragenden Zylinder und dem eigentlichen Druckzylinder ein zweiter sogenannter Gummizylinder angebracht. Dieser nimmt die Farbe von dem die Zeichnung tragenden Zylinder auf das Gummi ab und überträgt sie auf das zwischen ihm und dem Druckzylinder durchgehende Papier. Infolge seiner natürlichen Elastizität schmiegt sich das Gummi jedem rauhen oder noch so harten Papier fest an und gibt selbst die feinste Zeichnung haarscharf wieder. Man ist also beim Offsetdruck, wie schon bemerkt, nicht an ein bestimmtes, der jeweiligen Druckart angepaßtes Papier gebunden, sondern kann auf jedem beliebigen rauhen Papier vorzügliche Drucke erzielen, was natürlich für die Herstellung von Lebensmittelkarten von außerordentlichem Wert ist.

Der Offsetdruck ist auch die beste Art, um bei derartigen Massendrucken den Unterdruck so zu gestalten, daß Fälschungen erschwert sind. Schon allein deshalb, weil die Herstellung der Fälschplatten den Fälschern nicht oder nur unter schwieriger Verhältnisse möglich ist. Im Buchdruck sind für die Herstellung von Lebensmittelkarten eine große Anzahl Galvanos erforderlich, die in galvanoplastischen Anstalten hergestellt werden müssen, wobei es trotz Vorsicht vorkommen kann, daß solche Galvanos gestohlen und mißbräuchlich benutzt werden. Beim Offsetdruck als Flachdruckverfahren, das sich das Umdruckprinzip zunutze macht, ist eine solche mißbräuchliche Benutzung so gut wie ausgeschlossen. Der Druck läßt sich leichter überwachen und vor allem zutragender herstellen. Denn im Offsetdruck können die größten Papierformate durch das Umdruckverfahren bedruckt werden. Der Offsetdruck ist als Rotationsflachdruck viel schneller, billiger und besser zu bewirken, als das im Buchdruck möglich wäre.

Allerdings setzt die Anwendung des Offsetdruckverfahrens, um gute Leistungen zu erreichen, vollständige Beherrschung der Technik voraus, und da es selbst bei Anwendung der Unkosten für Anschaffung von Offsetmaschinen nur wenige auf diesem Gebiete erfahrene Drucker gibt, ist es erklärlich, daß die Buchdrucker dieses Verfahren als ihre stärkste Konkurrenz ansehen.

Aus den vorstehenden Darlegungen ergibt sich aber auch die jedem Fachmann bekannte und auch dem Laien verständliche Tatsache, daß der Offsetdruck vom Buchdruck ganz verschieden ist. Das geht unter anderem auch aus den Verhandlungen hervor, die darüber auf der Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindruckern u.

verw. Berufe in Stuttgart 1913 stattfanden. Es kam dort klar zum Ausdruck, daß die Offsetmaschine ein ausschließliches Arbeitsfeld des Steindruckers ist.

Daß der Offsetdruck nicht als Buchdruck anzusehen ist, kommt in den vorstehenden Darlegungen wohl klar zum Ausdruck. Allerdings ist es im Offsetdruck möglich, schneller und billiger Massendrucke herzustellen, als dies der Buchdrucker vermag, und ist es begrifflich, wenn sich die Buchdrucker gegen die Konkurrenz dieses neuzeitlichen Druckverfahrens wenden. Es hieße aber den freien Wettbewerb und die größere technische Leistungsfähigkeit zugunsten veralteter Arbeitsweisen zurückstellen, wollte man den Offsetdruck aus dem Gebiete ausschalten, wo er nicht nur seine Leistungsfähigkeit beweist, sondern auch größere Schnelligkeit bei der Ausführung der Druckarbeiten ergibt.

Fritz Hansen.



### Hans Thoma.

Zum 80. Geburtstag des Malerpoeten.

In unserer sich selbst zerfleischenden Zeit tut die Betrachtung der Werke eines Meisters wohl, dessen Gestalten und Köpfe, Landschaften und Sitten tief und gemütvoll aufgefaßt und mit innerer Ruhe und Bescheidenheit gemalt sind. Sie versetzen uns in andächtige Bewunderung, in rachtendliche Betrachtung, und strahlen eine Fülle von Wärme, Liebe und Glück aus. Der Meister dieser Werke ist Hans Thoma, ein Bauernsohn vom Schwarzwald. Am 2. Oktober wird der Künstler 80 Jahre alt und da er auch die Lithographie tüchtig pflegte und in Basel als Lithograph in die Lehre trat — jedoch ohne durchzuhalten — ist ein Glückwunsch für den Meister auch aus unserem Kreise angebracht.

Aus ärmlichen Verhältnissen hervorgegangen, blieb Hans Thoma die Härte des Lebens nicht erspart. Seine Kunst und Malweise, die vom damals herrschenden Kunstgeschmack abwich, hatte, wie bei allen Großen, auch innere Kämpfe zur Folge. Geweckt durch den großen Feind aller Unbestimmtheit, durch Albrecht Dürer, gelangte er jedoch rechtzeitig auf seinen eigenen Weg, sodaß sich sein Werk ohne Schwankungen und gewaltige Sprünge gesund entwickeln und harmonisch entfalten konnte.

Thoma betont im Kunstwerk die Seele und ist nicht ein sogenannter Nurmaler wie etwa Liebermann. Er hat sich nicht mit bloßem Abschreiben der Wirklichkeit und der optischen Erscheinung zufrieden gegeben, sondern ihr ins Herz gesehen, ihre Seele zum Sprechen gebracht und zählt zu den Herzenskünstlern deutschen Menschentums. Seine Schöpfungen sind voller Gehalt. Eine reichgedrängte Formen- und Farben-, Gefühls- und Gedankenwelt zeichnen sie aus. Mit seiner Sehnsucht nach seelischer Vertiefung und Vergeistigung setzt er die Reihe der deutschen Idealisten und Symboliker auf dem Gebiet der bildenden Kunst fort. Sein Schaffen zeigt eine große Fruchtbarkeit und Vielseitigkeit und in allen Werken, ob Landschaft oder Bildnis, Figurenbild oder Tierstück, Stilleben oder Innenraum, liegt eine tiefe Versenkung, die Wiedergabe der Kraft des Gemüts. Lebendigkeit oder gar dramatische Leidenschaft kennt Thoma nicht, dafür besitzen seine Schöpfungen eine desto größere Fülle inneren Lebens. Mit überquellender dichterischer Phantasie malt er die Sehnsucht nach stillem Glück, das Lied der einsamen Natur, die sonnige Heimlichkeit, das trauliche Enge, die unschuldsvolle Seligkeit, das schwärmerische Träumen, die ruhige Heiterkeit, die sanfte Schwermut, den frohen Kindersinn. Mit der grübelischen Natur des Deutschen schaut er überall geheimen Sinn und Märchenfärbung und selbst alles Schlichte und Alltägliche, alles Unscheinbare und Unbeachtete wird gern etwas religiös gestimmt. Jede Kreatur ist genau gesehen und mit der Liebe eines Kleinmalers formal durchmodelliert.

Erblickt Thoma in den Einzelheiten stets einen Teil des Großen, so verliert er sich trotzdem nicht in Kleinlichkeiten, denn seine Bilder tragen bei aller Lyrik einen monumentalen Charakter. Das gilt besonders von seinen Landschaften, die mit baumreicherlichem Raumsinn in den Bildraum gesetzt sind. Die Motive dazu sind größtenteils seiner Heimat entnommen. Berg, Fluß und Tal der mitteleuropäischen Gebirgslandschaft, Main- und Rheufer, Taunushöhen und Schwarzwaldtäler, stille Plätzchen im Garten, blumige Wiesen und heitere, lauschige Ecken am Bach sind mit vollem, tiefem Klang in goldige Spätnachmittagsstimmungen getaucht. Dabei bevorzugt er den Frühling und den kernbewegten Sommer, weniger den Herbst und nur selten den Winter. Seine Gestalten sprechen aus, was die Natur sie empfinden läßt. Das ist ein Flören, Singen und Spielen, ein kampfloses, frohes Wandern, ein gottseliges Vertrauen. Wer sich diesen volksliederhaften Werken, diesen heiteren Feiertagsstimmungen, diesen lyrisch-idyllischen Träumereien recht innig und bescheiden hingibt, dem offenbaren sie traulich eine tiefe und reiche Innerlichkeit. Hier liegt die stärkste Wurzel seiner künstlerischen Kraft.

Später schuf sich Thoma, im Gegensatz zu Moritz von Schwind, der sich an den überlieferten Märchenschatz hielt, seine eigene Mythologie und Märchenkinderswelt. Auch christliche Legenden und biblische Stoffe haben ihn gewaltig angezogen. Wiewohl auch hier alles rein deutsch empfunden ist, macht doch sein Allegorisieren oft den Eindruck des Gesuchten und Gequälten. Tiefsinnige Symbolik, leidenschaftliches Pathos und Kraft und Stärke des bewegten Ausdrucks ist Thoma's einfacher, etwas bäuerlich-derber Natur versagt.

Ein Zug von Einfachheit liegt in seiner Malweise, die keine Raffiniertheiten für verwöhnte Feinschnurker aufweist, sondern dem gesalzenen Bauernbrot gleicht. Aber auch sanftlich wirkend und pikant ist die Farbe in Thoma's Bildern nicht. Später verliert sie oft ihren goldigen Schimmer und wird hart, stumpf und ledern. Seine Technik hat etwas Strenge, Mühsames und Unbeholfenes. Das mag vielleicht diejenigen abstoßen, die ihren Geschmack an den virtuosen Pinselstrichen der modernen Impressionisten gebildet haben. Bei tieferem Versenken in Thoma's Schöpfungen, wird indessen der höhere Zweck aller Kunst, die Menschheit zu veredeln und zu vergeistigen, desto sichtbar und führt zur Erkenntnis, daß Kunst nicht allein Sache der Technik ist.

M. Schamberger.

### Eingegangene Schriften.

Zur Kritik der freien Wirtschaft. Eine neue zeitliche Begründung der Sozialisierung von Ingenieur Dr. Alfred Strömer. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 Mk. Diese Schrift wendet sich insbesondere an die Industriebeamten und will ihr das gewaltige Problem der Umstellung unserer freien Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft klarlegen. Der Verfasser führt den Leser von der Zunft zum kapitalistischen Syndikat und erläutert das Wesen der Gewerbefreiheit.

Was ist Klassenkampf? Diese Frage beantwortet in eingehenden Darlegungen in der »Neuen Zeit« der jetzige österreichische Staatskanzler Genosse Karl Renner. Die Buchhandlung »Vorwärts« in Berlin hat diese zeitgemäßen Abhandlungen als Broschüre herausgegeben. Über die Aufgabe, die sich der Verfasser gesteckt hat, informiert das Inhaltsverzeichnis, dessen Kapitelüberschriften wir nennen: »Vorbemerkungen über die Natur des Klassenkampfes«. 1. Der unmittelbare oder ökonomische Klassenkampf: 1. gegen das Industriekapital, 2. gegen das Handelskapital, 3. gegen das Zinskapital, 4. gegen das Grundeigentum, 5. der ökonomische Gesamtkampf. II. Der politische Klassenkampf: 1. der politisch-ökonomische Kampf, 2. der rein politische Kampf. III. Das Zusammenspiel der ökonomischen und politischen Aktion. (Preis 1 Mark.)

**Stellenangebote**

**Perfekte Farbenätzer**  
sucht  
Eberhard Schreiber, Leipzig.

**Verbandsnachrichten**

**Achtung Dürern!**  
Wegen Lohnbewegung in einigen Firmen ist in allen Fällen vor Stellungsnahme nach hier Auskunft einzuholen.  
Der Vorstand:  
I. A.: W. Brockmeyer,  
Rölsdorf 40 d bei Dürren i Rheinland

**Druckwalzenflanschen**  
fertigt in großen Mengen und gibt billigst ab  
MAX KUPKO, Maschinenschlosserei, EILENBURG, Röberstr. 8.

**Ia Nachschneider**  
gesucht.  
Graphische Kunstanstalt Richard Müller  
Chemnitz, Brückenstraße 31.

**Verschiedenes**

**INSERATE**  
sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition zu senden.

**„Betromit“** Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

**„Steingummi“** Flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten

**„Enoldin“** Druckpaste — speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papiere.

**„Enol“** Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

**„Goljad“** vorzügliches Reinigungs- u. Waschwasser! Ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.  
empfehllich  
H. Schuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.  
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

**ZINKDRUCKPLATTEN**  
Ia. Zinkbleche. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. — Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos. —  
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50  
Fernruf: Moritzplatz 12 256.